

TRUMPS WAHLSIEG IN DEN USA: WIE DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT REAGIERT



Der Chefanalyst der Bremer Landesbank hat auf Trump sogar gewettet.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Folker Hellmeyer

ist Chefanalyst der Bremer Landesbank. Um die Wirtschaft unter dem Präsidenten Donald Trump macht der gebürtige Hamburger sich keine Sorgen, sondern begrüßt einen möglichen Wandel.

Top, Trump gilt. Der Milliardär wird der nächste amerikanische Präsident. Sind Sie überrascht?

Folker Hellmeyer: Ich habe es erwartet und darauf gewettet. Wir haben uns die regionalen amerikanischen Medien geschaut. Dort wurde sehr deutlich, dass die Zustimmung zu Trump viel größer ist als im internationalen Medienkonzert berichtet wurde. Die Wahl Trumps ist ein Hilferuf der tragenden Gesellschaft der USA für echten Wandel. Der Mittelstand erodiert: Die Konsumverschuldung ist im Schnitt höher als vor der Lehman-Pleite. Knapp 44 Millionen Menschen beziehen Lebensmittelmärkte.

Was ging im Analysten vor?

Ich habe mich gefreut, weil damit für die USA und die Welt eine Chance einhergeht.

Wenn die Märkte eines nicht mögen, dann sind es aber doch Unwägbarkeiten. Ist der unberechenbare Trump nicht ein Albtraum für jeden Anleger?

Diese Wahrnehmung, er sei unberechenbar, ist berechtigt. Im Wahlkampf hat er alle Unzufriedenheit, die es gibt, auf sich projiziert, um Stimmen zu gewinnen. Das war seine einzige Chance. Es gibt aber einen Unterschied zwischen Wahlkampf- und Politikmodus: Was versprochen wird, wird nicht immer eingehalten. Trump steht für Change. Er steht für eine Entschleunigung der Globalisierung, für eine andere Außenpolitik, für Steuersenkungen. Er steht dafür, dass die Industrie wieder in den Vordergrund gerückt wird. Das sind alles Themen, die für die Nachhaltigkeit von Ökonomie und Gesellschaft gar nicht schlecht sind.

Die Börsenkurse reagierten heftig. Warum fürchtet sich der Finanzmarkt vor Trump?

Wir haben heute in der westlichen Welt ein Establishment zwischen Politik, Wirtschaft und Lobbyisten. Eine Hillary Clinton hätte bedeutet, dass genau dieses Netzwerk weiter seine Fäden zieht. Jetzt haben wir plötzlich eine Person aus dem Non-Establish-

ment, die in die mächtigste Position der Welt hineinrückt. Das wirft Fragen und Unsicherheiten auf. Die Reaktionen sind Ausdruck von Angst.

Was bedeutet Trump für Europa?

Europa ist Hort einer unglaublichen ökonomischen Potenz. Hidden Champions sind der Lebensnerv einer Volkswirtschaft. Weltweit gibt es 2700 davon – 1700 kommen aus Europa. Außerdem ist unser Rechtssystem sicher; wir haben die beste Infrastruktur, eine aktive Handelsbilanz und unsere Haushaltsdefizite im Schnitt im Griff. Ich sage bewusst: Wir sind der Restposten der Welt einer humanistisch geprägten Demokratie. Europa muss wachsen und Verantwortung übernehmen. Wir sollten als Mediator auftreten und das Motto der Hanse leben: Wandel durch Handel. Handel schafft Friedfertigkeit und ist Basis für Wohlstand. Durch Wohlstand entsteht Freiheitswille.

Ist Trumps Maxime „America first“ denn nicht schädlich für die Weltwirtschaft? Er setzt auf Protektionismus, will Strafzölle gegen China einführen, Handelsabkommen sollen verhindert werden.

Bei den Freihandelsabkommen steckt nicht drin, was draufsteht. Wenn Sie ein transpazifisches Abkommen schließen und Russland und China ausschließen, ist das Geopolitik. Da geht es um Machtfragen, nicht um Freihandel. Durch TTIP gibt es durchaus Kostenvorteile für Unternehmen. Die Selbstbestimmung politischer Räume wird jedoch nachhaltig beeinflusst. Deutschland hat einen enorm prosperierenden Welthandel – ohne dieses Abkommen. Ich sehe deshalb kein Problem. Trumps Protektionismus wird ein spezifischer sein, kein allumfassender. Er wird sich zum Beispiel auf Stahl und Kohle konzentrieren, wo es Dumping gibt. Da haben auch wir Zölle und Sanktionen verhängt. Das sollten wir nicht vergessen. Die USA sind zudem zwingend auf Importe angewiesen.

Sie befürchten also nicht, dass die deutschen Exporte zurückgehen? Bremens Wirtschaftsminister hat sich da sehr besorgt geäußert.

Die Wahrscheinlichkeit ist extrem überschaubar. Nehmen wir unseren Standort in Bremerhaven und die Automobilbranche.

Viele deutsche Hersteller sind in den USA aktiv: Volkswagen, BMW, Mercedes. Die USA würden sich selbst ins Fleisch schneiden, wenn es hier Beschränkungen gäbe. Ich bin absolut entspannt. Wir werden erleben, dass Donald Trump ein Business-Man ist, ein Pragmatiker.

Details, wie Trump die Wirtschaft gestalten will, sind noch gar nicht bekannt. Wissen Sie, was Trump vorhat?

Es ist fragmenthaft. Er hat sehr viel gesagt und sich teils widersprochen. Ich denke, Trump wird Sanktionen insbesondere gegen China vornehmen, um Produktionen in die USA zu verlegen oder bestimmte Märkte zu schützen. Er wird, wie Reagan, Steuern senken – auch für den kleinen Mann und damit den Konsumcharakter stärken. Ich glaube auch, dass er den Steuersatz gegenüber Unternehmen drastisch reduzieren wird. Wir sollten diese Veränderung nicht solitär als Risiko wahrnehmen, sondern als Chance für Europa. Unser Establishment hat sich auch von den Menschen entfernt. Ich wünsche uns die Weisheit, zuzuhören. Wir erleben einen Terror des Mainstreams, der Polical Correctness, das ist undemokratisch. Die Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen.

Trump will die Steuern senken, zugleich in die Infrastruktur investieren und Staatsschulden abbauen. Ist das realistisch?

Das Programm unter Präsident Reagan wurde ebenfalls durch ein enorm hohes Haushaltsdefizit vorfinanziert. Trump versucht, etwas herbeizuführen, was mit den Reagonomics vergleichbar ist. Die Finanzmärkte werden das goutieren. Allerdings hat Amerika, anders als unter Reagan, einen prekären Haushalt. Wir haben eine Staatsverschuldung von über 100 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Situation ist kritischer, aber die Defizite könnten in den nächsten Jahren durch das entstehende Wachstum finanziert werden.

Warum unterstützen die Finanzmärkte Trump?

Die wesentlichen Player sitzen in New York und London. Der König wird verteidigt.

Der Name Reagan ist oft gefallen. „Make America great again“ ist sein Slogan. Wel-

chem seiner Vorgänger wird Trump ähneln?

Ich glaube, er ist ein besserer Schauspieler als Ronald Reagan. (lacht) Es ist viel zu früh, um darüber etwas zu sagen. Reagan wurde auch als absolute Katastrophe dargestellt, um nachher gefeiert zu werden. Das muss Trump nicht gelingen, aber ich denke, er wird unterschätzt. Wir können heute nicht genau sagen, was er umsetzt. Vom Genannten gehe ich aus. Ein Problem wäre eine Politik des weiter so. Damit einhergegangen wäre eine weitere Verarmung des Mittelstands.

Die Steuersenkungen begünstigen vor allem Spitzenverdiener. Kommen die Pläne überhaupt der Mittelschicht zu Gute?

Ökonomie braucht Zeit. Ob die Politik wirkt, wird sich erst nach zwei bis drei Jahren zeigen. Sie wirkt immer zuletzt am Arbeitsmarkt. Wichtig ist, dass Trump die Finanzmärkte zurückdrängen will. Sie hat in der Vergangenheit immer eine dienende Funktion für die Realwirtschaft gehabt. Es gilt nun, die Strukturen der Finanzaristokratie zu zerstören, sonst ist sie die stille Macht in einer Demokratie.

Positiv sehen Experten durchaus, dass eine neue Verbindung zu Russland entstehen könnte. Was bedeutet das?

Ich freue mich, dass Trump den Versuch machen wird, die kritischen geopolitischen Themen anzusprechen. Wir hatten unter der Regierung Obama eine Politik, insbesondere gegenüber Russland, Gespräche abzubrechen. Das war eine bewusste Eskalation des Westens.

„You can't always get what You want“ – diesen Song spielte Trump nach seiner Siegesrede. Welches wirtschaftspolitische Ziel wird er nicht umsetzen?

Das ist schwer zu sagen. Er hat eine enorm potente Position derzeit, Mehrheiten im Repräsentantenhaus und im Senat. Es gibt im Oberen Gerichtshof eine republikanische Mehrheit. Trump könnte einen Großteil seiner ökonomischen Programmatik umsetzen. Ich rede nicht von der Mauer zu Mexiko. Das ist eines der Themen gewesen, die zum Wahlkampfgetöse gehörten.

Das Gespräch führte Lisa Boekhoff.

Tom Tailor erwartet Verlust

Konzern will Kapitalerhöhung

Hamburg. Die angeschlagene Modekette Tom Tailor wird das laufende Jahr mit einem Verlust abschließen und strebt eine Kapitalerhöhung um zehn Millionen Euro an. Das teilte das Unternehmen am Donnerstag in Hamburg mit. Tom Tailor hatte im Oktober ein umfassendes Programm bekannt gegeben, mit dem die Kosten gesenkt und die Prozesse optimiert werden sollen.

300 Läden werden geschlossen

Es werden bis zu 300 Läden geschlossen und mehrere Hundert Stellen abgebaut. Das kostet zunächst einmal 75 Millionen Euro an zusätzlichen Aufwendungen. Der Jahresgewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (Ebitda) werde von 76 auf zehn bis 20 Millionen Euro zurückgehen, der Konzern insgesamt ein deutlich negatives Ergebnis erwirtschaften.

Der Vorstand plane nun eine Kapitalerhöhung um mindestens zehn Millionen Euro, heißt es in der Mitteilung. Der chinesische Großaktionär Fosun, der gegenwärtig knapp 30 Prozent der Tom-Tailor-Anteile hält, soll die Kapitalerhöhung im Wesentlichen stemmen. Dazu müssten noch verschiedene Bedingungen erfüllt werden. So soll Fosun von der Verpflichtung befreit werden, ein Angebot an alle Aktionäre abzugeben, falls die Gesellschaft mit der Kapitalerhöhung die Kontrolle über Tom Tailor erhält. Die Einnahmen seien keine Voraussetzung für das Optimierungsprogramm, sollen aber die anstehenden operativen Kosten teilweise decken. DPA

Continental setzt auf starkes Schlussquartal

Hannover. Der Autozulieferer Continental hofft nach einem Gewinneinbruch im dritten Quartal auf einen starken Jahresendspurt. Das Ergebnis im letzten Vierteljahr solle stark ausfallen, wie der Dax-Konzern am Donnerstag in Hannover mitteilte. Zwischen Juli und Ende September brach der um Sondereffekte bereinigte Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) um 40 Prozent auf 645 Millionen Euro ein. Conti hatte bereits vor ein paar Wochen wegen Sonderbelastungen vor einem Einbruch gewarnt. Der Umsatz zog im dritten Quartal um knapp vier Prozent auf 9,98 Milliarden Euro an. Der Konzern hatte am 17. Oktober wegen einer ganzen Reihe von Problemen seine Gewinnprognose gesenkt. Das operative Ergebnis im Autozuliefer-Geschäft werde um rund 480 Millionen Euro schwächer ausfallen als bislang erwartet, hieß es seinerzeit. Darin spiegeln sich unter anderem einige Alltagswider. So legte Conti für laufende Kartellverfahren sowie Gewährleistungsansprüche von Kunden mehr Geld zurück. Zudem ist ein Zulieferer in Japan stärker von Erdbeben getroffen worden als bislang erwartet. Außerdem stiegen die Kosten für die Entwicklung neuer Antriebe stärker. DPA

VW verkauft wieder deutlich mehr Autos

Wolfsburg. Nach dem Abgaskandal hat die Marke VW ihre Absatzkrise zumindest vorerst überwunden. Im Oktober verkaufte der Hersteller 512 000 Autos und damit im Jahresvergleich 4,4 Prozent mehr, wie Markenchef Herbert Diess am Donnerstag in Wolfsburg sagte. Bereits im September hatte VW ein kleines Verkaufsplus verbucht. „Ich bin zuversichtlich, dass wir 2016 insgesamt einen Anstieg der Auslieferungen sehen werden“, sagte Diess. Auch bei den Rückrufen der manipulierten Dieselaautos komme das Unternehmen voran. Für 8,2 von zehn Millionen Wagen lägen inzwischen die Genehmigungen der Behörden für die Umrüstungsmaßnahmen vor. „Wir sind fest entschlossen, bis zum Ende des Jahres die Genehmigungen für alle Autos in Europa zu haben“, sagte Diess. 1,3 Millionen Autos seien bereits umgerüstet. DPA

BUND verlangt Diesel-Verkaufsstopp

Flensburg. Die Umweltorganisation BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) hat im Zuge des Abgaskandals einen Verkaufsstopp für zahlreiche Diesel-Modelle beim Kraftfahrtbundesamt (KBA) in Flensburg beantragt. Neuwagen mit der Abgasnorm Euro 6, die auf der Straße die gesetzlichen Grenzwerte überschreiten, sollten nicht mehr verkauft werden, teilte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland am Donnerstag mit. Solch ein Stopp hätte für die Autohersteller weitreichende Folgen. Messungen des Kraftfahrtbundesamtes zufolge überschritten Dutzende aktuelle Fahrzeugmodelle die Grenzwerte. Sie sollen der Umweltorganisation zufolge künftig nicht mehr verkauft werden dürfen. Erst wenn die Autos den Grenzwert von 80 Milligramm Stickoxid pro Kilometer im realen Fahrbetrieb einhalten, sollten sie wieder auf den Markt kommen, forderte der BUND. Antworten von KBA und Bundesverkehrsministerium standen am Donnerstag zunächst noch aus. DPA

Von Jubel keine Spur

VON STEFAN SAUER

Alles in allem hat die deutsche Wirtschaft den Sieg Donald Trumps mit einer Mischung aus Hoffen und Bangen quittiert. Tenor: Als Präsident werde der Unternehmer bittschön nicht all die handelspolitischen Grausamkeiten umsetzen, die er noch im Wahlkampf angekündigt hat. Ganz so schlimm werde es schon nicht kommen. Selten ist der Wahlerfolg eines Kandidaten der traditionell wirtschaftsfreundlichen Republikaner in deutschen Vorstandsetagen derart zurückhaltend aufgenommen worden.

Dabei gäbe es durchaus Anlass zur Freude: Das siegreiche Trump-Lager erhielt rund zwei Drittel aller Spenden aus deutschen Unternehmen, wie aus einer Veröffentlichung der parteiunabhängigen Nichtregierungsorganisation „Center for Responsive Politics“ (CRP) in Washington hervorgeht. Demnach hat nicht nur Trump gesiegt, sondern Allianz und BASF, Bayer und Deutsche Bank ebenfalls. Nach Angaben des Selbsthilfenetzwerks Coordination gegen Bayer-Gefahren flossen aus dem Leverkusener Konzern 80 Prozent der US-Wahlkampfspenden in Höhe von insgesamt 555 500 US-Dol-

lar an Trump und die Republikaner. Bedeutend ist in diesem Zusammenhang das Wörtchen „aus“. Die Spenden kamen nicht von Bayer, sondern gleichsam, aus der Mitte des Konzerns ohne dessen unmittelbares Zutun.

Nach amerikanischem Recht dürfen Wahlkämpfe nämlich nicht durch direkte Unternehmensspenden finanziert werden. Dies gilt sowohl für in- wie ausländische Firmen. Spendenberechtigt sind dagegen Privatpersonen mit amerikanischer Staatsangehörigkeit sowie „Political Action Committees“, kurz PACs. Es handelt sich dabei in der Regel um firmeninterne, rechtlich gleichwohl unternehmensunabhängige Ausschüsse, die Wahlkampfspenden einsammeln. Es handelt sich dabei aber nicht um Basis-Initiativen der Belegschaften. In aller Regel werden PACs von leitenden Managern gegründet und geführt.

Die in den USA gängige Praxis ist auch in Deutschland seit Langem üblich, um auf Wegen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Mittel zukommen zu lassen. Ein bei der BASF-Corporation in New York angesiedeltes PAC soll Medienberichten zufolge mehr als 640 000 US-Dollar überwiesen haben, wovon 72,5 Prozent an die Republikaner und somit an Trump flossen.

Auch aus den Reihen von Allianz, Siemens und Fresenius Medical kamen 60 bis 72 Prozent des gesamten Spendenaufkommens den Republikanern zugute.

Auffällig ist der extrem hohe Anteil des Spendenaufkommens, den das PAC der Deutschen Bank an die Republikaner überwies: 86 Prozent der Gesamtsumme von 37 000 Dollar gingen an das Trump-Lager.



Über eine halbe Million Euro soll von der Bayer AG an Donald Trump gegangen sein. FOTO: DPA